

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 5. März 1954Innenminister Helmer über die Auskunftsstellen der sowjetischen Besatzungsmacht99/A.B.

zu 122/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Eine Anfrage der Abg. S i n g e r und Genossen, betreffend zivile Beobachter der sowjetischen Besatzungsmacht in Niederösterreich und Burgenland, hat Bundesminister für Inneres H e l m e r wie folgt beantwortet:

Die Einrichtung von Auskunftsstellen zur Abhaltung von sogenannten Sprechtagen für die Zivilbevölkerung des Burgenlandes erfolgte anfangs Februar dieses Jahres auf Anordnung des Vertreters des Hochkommissärs der UdSSR für das Burgenland. Solche Sprechtage wurden bisher im Burgenland eingerichtet:

- 1.) Für den Bezirk Eisenstadt in den Räumen der Landeskommandantur in Eisenstadt: Sprechtag jeden Montag;
- 2.) für den Bezirk Oberpullendorf im Gebäude der Bezirkshauptmannschaft: Sprechtag jeden 3. Dienstag im Monat;
- 3.) für den Bezirk Neusiedl am See im Gebäude der Bezirkshauptmannschaft: Sprechtag jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat;
- 4.) für den Bezirk Oberwart in den Räumen der Bücherei des sowjetischen Informationsdienstes in Oberwart: Sprechtag jeden 1. Freitag im Monat;
- 5.) für den Bezirk Mattersburg im Gebäude der Bezirkshauptmannschaft: Sprechtag jeden 2. Donnerstag im Monat, und
- 6.) für den Bezirk Jennersdorf im Gebäude der Bezirkshauptmannschaft: Sprechtag jeden 1. Dienstag im Monat.

In Niederösterreich wurde in der ersten Februarwoche seitens der sowjetischen Kommandanturen Gänserndorf und Tulln an die Bezirkshauptmänner dieser Bezirke das Ansinnen gestellt, im Gebäude der Bezirkshauptmannschaft je einen Raum zur Abhaltung von Sprechtagen zur Verfügung zu stellen. Beide Bezirkshauptmänner haben dies abgelehnt. Ferner hat die Landesamtsdirektion sich in dieser Angelegenheit an das sowjetische Hochkommissariat gewendet. Ausserdem wurden die Leiter der Bezirkshauptmannschaften Niederösterreichs angewiesen, derartigen Ersuchen sowjetischer Kommandanturen nicht nachzukommen.

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

5. März 1954

Anlässlich der Errichtung der Auskunftsstellen im Burgenland hat der Vertreter des Hochkommissärs für das Burgenland österreichischen Behördenvertretern gegenüber die Erklärung abgegeben, dass bei diesen Sprechtagen Angehörige der sowjetischen Besatzungsmacht in Zivil Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung über Angelegenheiten entgegennehmen werden, die in den ausschliesslichen Wirkungsbereich der Besatzungsmacht fallen. Parteienvorbringen, die österreichische Angelegenheiten betreffen, würden von den sowjetischen Organen nicht zur Kenntnis genommen werden. Mit solchen Anliegen würden die Parteien direkt an die Bezirkshauptmannschaft verwiesen.

Sofort nach Bekannt^{werden} dieser Massnahmen wurden die Bezirkshauptmannschaften im Burgenland angewiesen, unverzüglich zu berichten, falls hiebei Wahrnehmungen in der Richtung einer Überschreitung ~~der~~ der Besatzungsmacht im Kontrollabkommen eingeräumten Befugnisse bzw. eines durch die Bestimmungen dieses Abkommens nicht gedeckten Eingriffes in die österreichische Verwaltung gemacht würden.

Berichte dieser Art sind bisher nicht eingelangt.

Sollten derartige Eingriffe festgestellt werden, werde ich nicht versäumen, die Beseitigung dieser Einrichtung als dem Kontrollabkommen widersprechend bei der Besatzungsmacht zu begehren.

-.-.-.-